

**S-Bahnchaos, Mietwucher,
Tarifflucht bei CFM,
Bildungsabbau ...**

gegen Spende



Wem gehört die Stadt?

Sozialistische Politik für Berlin



Sozialistische Alternative

030 44 08 429 ★ berlin@sozialismus.info ★ www.sozialismus.info

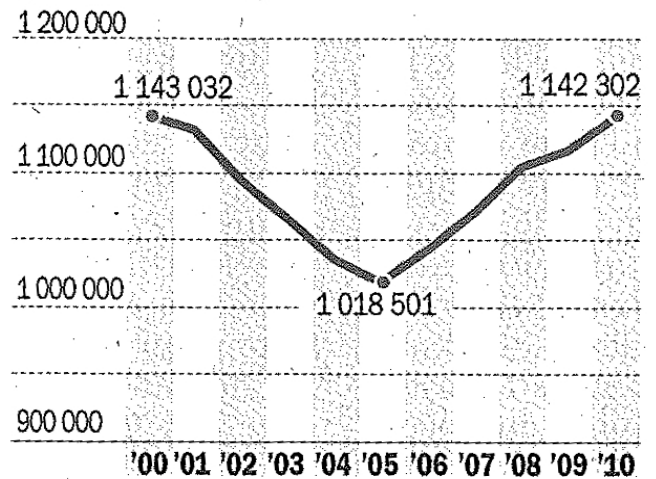
Wollen uns die Politiker des rot-roten Senats eigentlich für blöd verkaufen? SPD und LINKE kleben Plakate gegen Mieterhöhungen und gleichzeitig versenden die landeseigenen Wohnungsgesellschaften an 17.000 Berliner Mieterhöhungsschreiben. Jeder und jede kennt jemanden im eigenen Umfeld, der in den letzten Monaten eine Mieterhöhung bekommen hat oder hoffnungslos auf Wohnungssuche ist.



Linke Forderungen und prokapitalistische Politik in der Regierung passen nicht zusammen

„Berlin verstehen“: der Wahlkampflogan der SPD mutet zynisch an angesichts der ungelösten Probleme in der Hauptstadt. Kaum jemand, der sich im letzten Winter nicht über die S-Bahn aufgeregt hat. Und noch weniger, die glauben, dass es diesen Winter besser werden wird. Der Senat schaut dem Chaos hilflos zu, während die Grünen am liebsten die S-Bahn teilprivatisieren wollen.

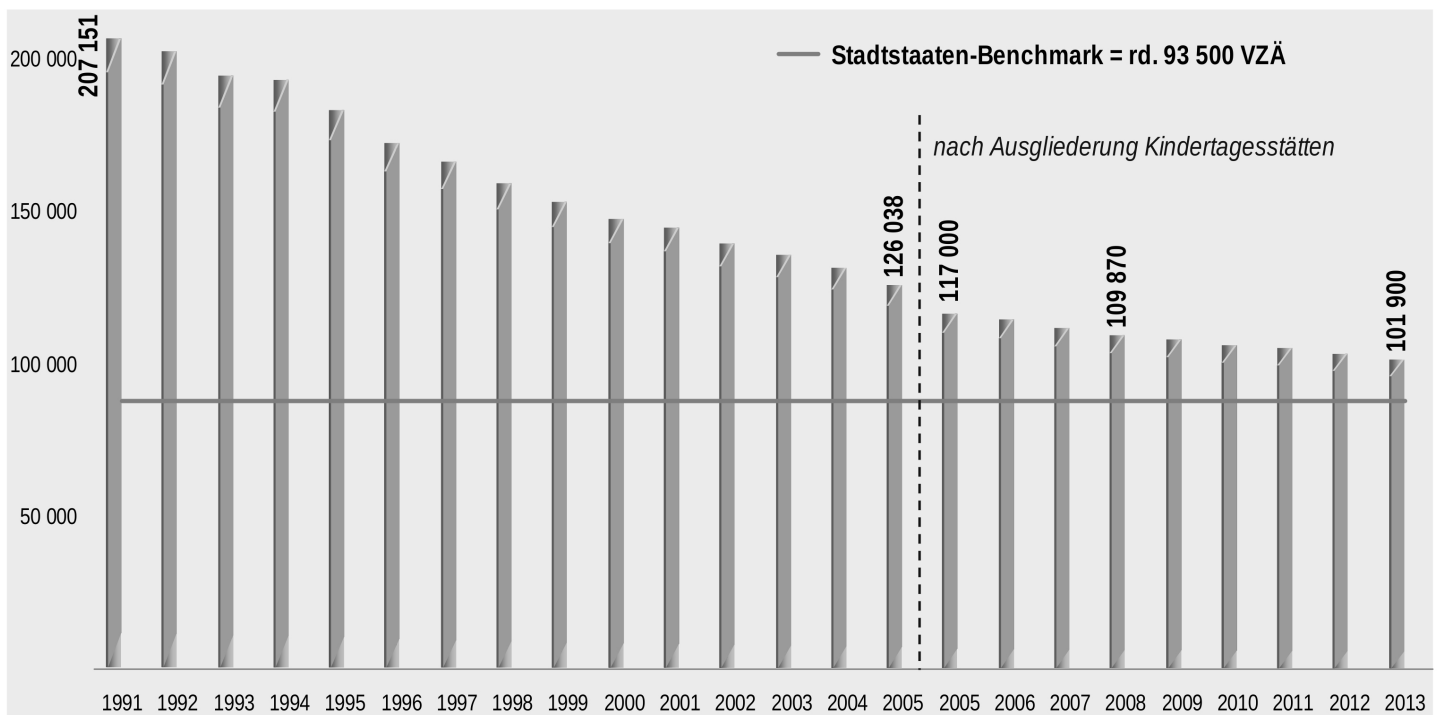
Zahl der sozialversicherungspflichtigen Stellen in Berlin, jeweils im Dezember



BLZ/BÖTTCHER (2); O.: SENATSV. F. FINANZEN

Berlin ist die Hauptstadt der prekären Arbeitsverhältnisse. Die rot-rote Landesregierung rühmt sich, 120.000 neue Stellen geschaffen zu haben. Doch laut Berliner Zeitung gingen allein zwischen 2000 und 2005 120.000 Stellen verloren. Das heißt, dass im Vergleich von 2000 zu 2011 die Zahl sozialversicherungspflichtiger Stellen die Gleiche geblieben ist (siehe Grafik links unten). Allein im Öffentlichen Dienst in den Bezirken wurden laut Senatsverwaltung für Finanzen die Stellen seit 2001 bis heute von 48.587 auf 24.117 halbiert. In manchen Bezirken ist es völlig normal, mehrere Monate auf sein Wohngeld zu warten. Wie es einem damit geht, kann

Beschäftigte im unmittelbaren Landesdienst Berlins



Stand Mai 2011. Bis 2002 Stellen gem. Stellenplan, ab 2003 Vollzeitäquivalente jeweils Januar. Aufgrund einer Konzeptumstellung Abweichungen von früher ausgewiesenen Werten möglich. Stadtstaaten-Benchmark einschließlich hauptstadtbedingten Mehrbedarfs.

Quelle: Senatsverwaltung für Finanzen

Klaus Wowereit mit 183.036 Gehalt netto pro Jahr natürlich ganz prima verstehen.

Während sich der Senat seines Vergabegesetzes rühmt, werden an der ausgegründeten Charité Facility Management weiterhin Dumpinglöhne gezahlt. LehrerInnen verlassen Berlin, weil sie hier nicht genug verdienen. Die Politiker scheinen die Realität, in der Millionen Menschen Berlin leben, nicht mehr zu erfassen. „Be Berlin“ (Sei Berlin) bedeutet für sie Verdrängung wegen Miet-

Be Berlin: Mietexplosion made in Berlin

Seit 1990 wurden in Berlin 230.000 Mietwohnungen privatisiert. Die Zahl der öffentlichen Wohnbaugesellschaften schrumpfte im selben Zeitraum von 20 auf sechs, und der Mietspiegel steigt seit 2004 kontinuierlich: Zuletzt um acht Prozent.

Der Ausstieg des Senats aus dem sozialen Wohnungsbau tat ein Übriges. Besonders in den aufgewerteten „Szenekiezen“ sind viele einkommensschwache und/oder alteingesessene AnwohnerInnen von Verdrängung bedroht. Bürgerschaftspflicht und saftige Mieterhöhungsklauseln von bis zu 30 Prozent verschärfen die Situation weiter.

Gleichzeitig steigt der Bedarf an Wohnraum. Berlin ist die Stadt mit den meisten Ein-Personen-Haushalten in Deutschland und hat gleichzeitig eine hohe Zuzugsrate – die Tendenz von steigenden Mieten und starker Konkurrenz bei der Wohnungssuche wird sich ohne ein soziales Wohnungsbauprogramm und die Rekommunalisierung der privatisierten Gesellschaften in den nächsten Jahren weiter verstärken.

Wir fordern:

- Entschädigungslose Rekommunalisierung aller großen privaten Wohnungsbaugesellschaften und leerstehenden Wohnungen, Überführung von Grund und Boden in kommunales Eigentum. Wohnungsbaugesellschaften unter demokratische Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, des Senats und der Mietervereine.
- Für ein soziales Wohnungsbauprogramm zur Schaffung von ausreichend Wohnungen, bis der Bedarf gedeckt ist. Für eine ökologisch sinnvolle Sanierung (Wärme-, Schallschutzdämmung, So-

larstromdächer, Umrüstung der Heizart) aller in Frage kommenden Wohnungen ohne Umlage auf die MieterInnen.

Kein Wunder, dass Deutsche Bank-Guru Josef Ackermann der rot-roten Landesregierung indirekt kürzlich bescheinigte, alles richtig gemacht zu haben.

Es ist Zeit, unsere Stadt zurückzuerobern. Im Folgenden sollen für einige drängende Probleme Vorschläge unterbreitet werden.

- Wohnraum ist Grundrecht: Verbot von Mieterhöhungen unabhängig von Sanierungen. Erhöhung der Wohngeldsätze mit dem Ziel, dass Mieten 20 Prozent des Einkommens nicht übersteigen. Refinanzierung durch massive Besteuerung der Miet- und Spekulationsgewinne. Freie Wohnungswahl ermöglichen – keine Selektion nach sozialer Lage oder Staatsangehörigkeit. Wiedereinführung des Milieuschutzes zur Verhinderung von Gentrifizierung.



Be Berlin: S-Bahnchaos made in Berlin

Frühling, Sommer, Herbst und Winter: Das nächste S-Bahnchaos kommt bestimmt. Unfälle, technische Störungen und Wartungsengpässe, die zu einem Ausfall eines großen Teils der Zugflotte führten, ein stark ausgedünntes Netz, Notfahrpläne auf Notfahrpläne.

Wir kennen es alle. Chaos für Chaos, Winter für Winter wird klarer, dass bei unserer S-Bahn etwas grundsätzlich schief läuft.

Die Ursache der Krise liegt in dem Kurs, den das Spitzenmanagement der S-Bahn und der Deutschen Bahn eingeschlagen hat. Das Ziel des Bahnkonzerns liegt in der Auspressung von möglichst hohen Profiten aus der Berliner S-Bahn. Aber auch Rot-Rot trägt eine Mitverantwortung für den Verkehrsvertrag und für den Abbau von Personal auf den Bahnhöfen.

Die verkehrspolitische Sprecherin der Grünen Claudia Hämmerling sprach sich kürzlich für mehr Wettbewerb



aus. Das heißt die Grünen wollen die Profitorientierung der DB AG mit noch mehr Privatisierung bekämpfen! Die SAV unterstützt das Volksbegehren zur Rettung der Berliner S-Bahn.

Wir fordern:

- Nulltarif bei der S-Bahn
- Rücknahme der Kürzungen und des Stellenabbaus seit 2003
- Neueinstellungen zur Wiederherstellung und Verbesserung des Services und zur Besetzung der Bahnhöfe und Werkstätten – finanziert auf den abgeschöpften Gewinnen der DB AG und durch den Bund
- Offenlegung des Verkehrsvertrags zwischen dem Land Berlin und der DB Regio
- keine teilweise oder komplette Ausschreibung von Verkehrsleistungen an private Investoren
- Für eine S-Bahn inklusive Trassen und Stationen in öffentlicher Hand, die der demokratischen Kontrolle und Verwaltung von Beschäftigten, Gewerkschaften, NutzerInnen und Vertretern von Land und Bund unterstellt wird
- Schluss mit der Privatisierung der Deutschen Bahn. Für einen staatlichen Bahnbetrieb unter direkter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung

Infos unter www.s-bahn-tisch.de

Be Berlin: Bildungsabbau made in Berlin

Von den Decken bröckelt der Putz, die Turnhalle ist auf Grund von Schimmelbefall unbenutzbar und die Heizungsanlage aus den 60ern funktioniert in der kalten Jahreszeit mehr schlecht als recht.

Im Dezember letzten Jahres stellte sich ein Sanierungsbedarf an Berliner Schulen von 900 Mio. Euro ein.

Nicht nur die Ausstattung der Räume ist ein Problem, sondern auch der Lehrermangel. Eine Personalausstattung von 100 Prozent kann bei einem krankheitsbedingtem Ausfall von über zehn Prozent nur eine Katastrophe bewirken.

Die Einführung der Sekundarschule hat zu Schulschließungen und Zusammenlegungen von Schulen geführt.

Die soziale Selektion durch das dreigliedrige Schulsystem wurde durch die Zusammenschließung von Haupt- und Realschule nicht nur nicht abgeschafft, sondern die Grenze zwischen Sekundarschule und Gymnasium noch verschärft.



Weitere Maßnahmen wie ein Schulranking, Abschaffung der Lehrmittelfreiheit und steigender Leistungsterror für SchülerInnen und LehrerInnen durch das Turboabitur zeigen, wie die Bildung „für die SPD Berlin [...] weiterhin eine hohe Priorität [hat].“

Wir fordern:

- Eine Schule für alle – ganztägig, gemeinsam, kostenlos

- 110 Prozent Personalausstattung als erster Schritt zu einer bedarfsgerechten Personalausstattung der Schulen
- Sofortige Einstellung von 2.500 PädagogInnen
- 1 Mrd. Euro Investitionen zur Behebung des bisherigen Sanierungsbedarfs
- Sofortige Wiedereinführung der Lehrmittelfreiheit
- Klassengröße von 20 SchülerInnen

Be Berlin: Lohndumping bei CFM made in Berlin

SPD und LINKE sprechen sich für Mindestlöhne aus und sind gegen Privatisierung. Komisch, dass gleichzeitig unter Rot-Rot die Tochter Charité Facility Management aus der Charité ausgegründet und teilprivatisiert wurde? Komisch, dass die Kollegen dort zum Teil für 6,23 pro Stunde schufteten und es keinen Tarifvertrag für sie gibt? Nein, das ist leider die Realität unter Rot-Rot.

Trotz Zusicherungen für einen Tarifvertrag für die CFM-Beschäftigten schalten Senat und die privaten Anteilseigner Dussmann, Vamed und Hellmann auf

stür. Der Kampf der CFM-Beschäftigte muss deshalb tatkräftig unterstützt werden.

Wir fordern:

- Einen Tarifvertrag für die CFM-Beschäftigten: Gleiche Arbeitsbedingungen und Löhne wie an der Charité
- Wiedereingliederung der CFM in die Charité
- Schluss mit Abmahnungen und Repressionen gegen die KollegInnen, die sich am Streik beteiligt haben



Be Berlin und setz dich zur Wehr

All das macht klar: Egal ob Rot-Grün, Rot-Rot oder eine Große Koalition: Wir müssen selbst aktiv werden für unsere Rechte, für bessere Arbeitsbedingungen, bezahlbare Mieten und eine funktionierende S-Bahn. Der Streik der Charité-Beschäftigten im Mai hat gezeigt, dass Kämpfen erfolgreich sein kann. In einem Vollstreik setzten sie bessere Arbeitsbedingungen und eine deutliche Lohnerhöhung durch. Auch die erfolgreiche Kampagne des Wassertischs zur Offenlegung der

dreisten Renditegarantie-Verträge bei den Wasserbetrieben hat deutlich gemacht, was politischer Druck von der Straße erreichen kann.

„Wehr dich“ ist leider auch ein Slogan, den wir neben rassistischen Parolen wie „Gas geben“ auf NPD-Plakaten lesen können. Wir sind mit vermehrten Naziaufmärschen und Aktionen von Rechtspopulisten konfrontiert. Die NPD versucht mit sozialen Themen zu punkten. Die Mitverantwortung der Partei DIE LINKE für Sozi-

alabbau und Privatisierung aufgrund der Regierungsbe- teiligung der letzten zehn Jahre macht DIE LINKE für viele zu keiner echten Alternative zu den bürgerlichen Parteien und erleichtert es den Naziparteien mit sozialer Demagogie auf Stimmenfang zu gehen.

Wir haben uns mit vielen tausend Berlinerinnen und Berlinern den Nazis immer wieder in den Weg gestellt. Der beste Kampf gegen sie ist aber der Kampf gegen die Ursachen, die ihnen die Möglichkeit bieten, sich zu profilieren. Wir lehnen deshalb jede Sozialkürzung und jede Privatisierung ab. Wir verbinden den Kampf gegen Rassismus mit dem Kampf gegen den Kapitalismus, der

auf die Spaltung von Menschen unterschiedlicher Herkunft basiert.



1. Mai 2010: Blockaden gegen Naziaufmarsch in Pankow

Und wer soll das alles bezahlen?

Sinnvoll wäre ein öffentliches Investitionsprogramm in den Bereichen Bildung, Verkehr, Gesundheit, Soziales und Wohnen zur Schaffung von 100.000 Arbeitsplätzen und zur Beseitigung der Missstände. Das würde mindestens sechs Milliarden Euro kosten. Eine drastische Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich im öffentlichen Dienst zur Schaffung von weiteren Arbeitsplätzen würde zudem ungefähr zwei Milliarden Euro kosten.

Aber: Berlin ist pleite und hat über 60 Milliarden Euro Schulden. Das ist das Totschlagargument Nr.1 des Senats. Komisch ist nur, dass das offenbar nicht gilt für den Wiederaufbau des Stadtschlusses, den Großflughafen BBI oder den Ausbau der A100.

Hinzu kommt ab sofort mit der Schuldenbremse ein zweites Totschlagargument für mehr Investitionen in Bildung, Verkehr, höhere Löhne usw.

Wenn wir uns auf die Logik des Senats verlassen, sind wir verlassen. Denn: Die milliardenschweren Schulden, die jetzt gebremst werden sollen, haben nicht die Berlinerinnen und Berliner verursacht. Die Kürzungen der Berlin-Förderung nach der Wiedervereinigung, der Verkauf von Berlins Tafelsilber seit 1991 (Bewag, Gasag, Wasserbetriebe, Wohnungsbaugesellschaften...), die Steuerentlastung für Konzerne und Reiche durch die rot-grüne Bundesregierung und die milliardenschwere Bürgschaft für die Berliner Bankgesellschaft waren alles bewusste politische

Entscheidungen von Bundes- und Landesregierungen im Interesse des Kapitals.

Genauso wenig wie die griechischen Arbeiter für die Schulden Griechenlands verantwortlich sind, sind die Berlinerinnen und Berliner für den Schuldenberg Berlins verantwortlich. Politische Entscheidungen der Bundesregierung und der Landesregierung können rückgängig gemacht werden.

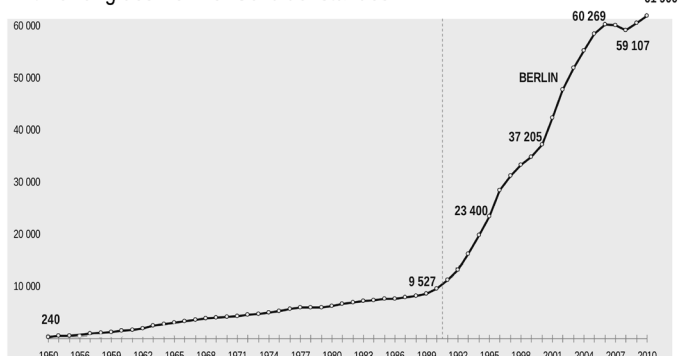
Die drastische Verschuldung Berlins führt zu einer Zinslast von 2,5 Milliarden Euro jährlich. Das ist Geld, das nicht zur Tilgung von Schulden verwendet wird, sondern was den Banken ganz einfach geschenkt wird. Würden diese Zinszahlungen an die Banken eingestellt, könnten auf einen Schlag viele Probleme beseitigt werden. Die Zuweisungen des Bundes an Berlin müssen massiv erhöht werden.

Und es muss endlich Schluss sein mit der Umverteilung von unten nach oben: In Berlin leben genug Reiche, die zur Kasse gebeten werden können. So würde die Einführung einer bundesweiten Vermögenssteuer von zehn Prozent ab einer Million Euro Berlin auf einen Schlag mehrere Milliarden Euro bescheren.

Wir fordern:

- Anhebung des Gewerbesteuersatzes auf Potsdamer Niveau
- Keine Geldverschwendung für Prestigeobjekte wie das Stadtschloss, BBI oder Ausbau der A100
- Rekommunalisierung privatisierter Betriebe
- Einstellung der Zinszahlungen an die Banken
- Für einen bedarfsgerechten Haushalt und eine drastische Erhöhung der Bundeszuschüsse an Berlin, finanziert durch Banken, Konzerne und Vermögende
- Für eine radikale Steuerreform auf Bundesebene: Für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Anhebung des Spitzensteuersatzes und eine starke Progression im Steuersystem

Entwicklung des Berliner Schuldenstandes



Quelle: Senatverwaltung für Finanzen

Kapitalismus abwracken: Für eine sozialistische Politik in Berlin

Ein kleiner Blick in die ältere und jüngere Geschichte zeigt, dass parlamentarische Positionen genutzt werden können, um den politischen Druck zu steigern und Proteste zu unterstützen. Grundlegende Verbesserungen werden aber nur durch Massenbewegungen, Proteste und durchgesetzt. So war beispielsweise die Studierendenbewegung 2003 und nicht geschicktes Verhandlungstalent der LINKE Berlin die Grundlage für die Verhinderung der Einführung von Studiengebühren in Berlin.

Um Verbesserungen durchzusetzen, ist es nötig, sich mit den Kapitalbesitzern anzulegen. Natürlich wäre niemand in den Chefetagen einer Bank begeistert von der Einstellung der Zinszahlungen in Berlin. Die Banken würden drohen, keine weiteren Kredite bereit zu stellen, um Berlin in die Zahlungsunfähigkeit zu treiben.

Regierungsbeteiligung als Kleineres Übel?

Viele argumentieren, die Regierungsbeteiligung der LINKE sei ein „Kleineres Übel“ im Vergleich zu einer Großen Koalition in Berlin. Keiner bestreitet, dass CDU, FDP, SPD und Grüne das Rad gern noch weiter zurückdrehen würden. DIE LINKE Berlin hindert sie an der Durchsetzung von Kapitalinteressen aber nicht, indem sie Sozialabbau light betreibt. Würde sich DIE LINKE auf Landesebene als aktiver Teil der Proteste verstehen, anstatt Proteste teilweise zu behindern, würde sie politische Vorschläge in Bewegungen machen und Proteste finanziell und organisatorisch unterstützen (ohne sie zu vereinnahmen), könnte DIE LINKE eigene Forderungen viel wirkungsvoller durchsetzen und an Unterstützung gewinnen.

Um die nötigen Gelder vom Bund zu erkämpfen, sind Massenmobilisierungen nötig. Wer dagegen wie die Füh-

Was will die SAV?

Die SAV ist aktiv in verschiedenen Kampagnen. Zur Zeit unterstützen wir aktiv das Volksbegehren zur Rettung der Berliner S-Bahn. Wir arbeiten im Solikomitee für die CFM-Beschäftigten mit und unterstützen die Herausgabe der Betriebszeitung der „Alternative“ bei Daimler-Marienfelde. SAV-Mitglieder sind in Gewerkschaften aktiv und in der Partei DIE LINKE und dem Jugendverband. Alle Erfahrungen zeigen: Der Kapitalismus kann nicht zu einer friedlichen und sozial gerechten Gesellschaft umgestaltet werden. Deshalb gilt es, den Kampf für Verbesserungen mit dem Kampf für eine andere, sozialistische Gesellschaft zu verbinden.

Aber wie in jeder politischen Auseinandersetzung geht es am Ende um das Kräfteverhältnis und den Kampf um die Köpfe. Eine Initiative unter dem Motto „Besser bei den Banken kassieren als bei den Armen“ würden viele Berlinerinnen und Berliner unterstützen. Wenn die Bevölkerung mobilisiert würde, kämen die Banken unter Druck, konkrete Zugeständnisse würden erkämpft. Nebenbei würde bewiesen, dass es sich lohnt zu kämpfen und dass sogenannte „Sachzwänge“ nicht vom Himmel gefallen, sondern von Menschen gemacht, politisch gewollt sind und überwunden werden können. Die Forderung der LINKEN, den Bankensektor zu verstaatlichen und unter öffentliche, demokratische Kontrolle zu stellen, würde so konkretisiert.

rung der LINKE Berlin Hartz IV und Ein-Euro-Jobs in Berlin mit umsetzt und sich gleichzeitig über falsche Bundesgesetze beklagt, wird von Lohnabhängigen, Jugendlichen und RentnerInnen dieser Stadt weder als Partei wahrgenommen, in der man sich organisieren kann, noch als starke Opposition zur Politik von Schwarz-Gelb. Als Mitglieder der LINKE setzen wir uns für eine Beendigung der Regierungsbeteiligung ein.

Das bedeutet keine Absage an Regierungsübernahme im Allgemeinen. Natürlich muss eine sozialistische Partei auch die Übernahme der Regierung anstreben. Ihr Ziel darf dabei aber nicht die Verwaltung des Kapitalismus sein, sondern die Regierungsübernahme muss – wie Rosa Luxemburg dies schon vor hundert Jahren erklärt hat – zum Ausgangspunkt werden für Massenbewegungen und einen Bruch mit dem Kapitalismus.



Unsere wichtigsten Forderungen für Berlin

- Stopp von jeglichem Sozialkürzungen und Privatisierung. Nein zur Schuldenbremse
- Statt weiterem Stellenabbau: Schaffung von neuen Stellen im Öffentlichen Dienst durch Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Verzicht des Landes Berlins auf Ein-Euro-Jobs. Umwandlung aller Ein-Euro-Jobs und ÖBS-Jobs in tarifliche sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Unbefristete Übernahme der anfallenden Wohnungskosten, keine Zwangsumzüge.
- Für die sofortige Angleichung der Löhne im Öffentlichen Dienst und an der Charité und Vivantes an das Bundesniveau
- Sofortige Umsetzung des Wasservolksentscheids und entschädigungslose Rekommunalisierung der Wasserbetriebe
- Beerdigung des Projektes A100, des Ausbaus des BBI und des Wiederaufbaus des Berliner Stadtschlusses und die Ablehnung sämtlicher Verschwendung von öffentlichen Geldern für Prestigeprojekte
- Rekommunalisierung (teil-)privatisierter Betriebe von Wasserbetrieben, über Charité Facility Management bis zu Wohnungsunternehmen. Rücküberführung von gesellschaftlichen Aufgabenbereichen aus der Freien Trägerschaft in die Öffentliche Hand
- Demokratische Kontrolle und Verwaltung von öffentlichen Unternehmen wie der BVG oder S-Bahn durch Beschäftigte, Gewerkschaften, NutzerInnen und VertreterInnen der Landes- bzw. Bundesregierung
- Offenlegung des Verkehrsvertrags mit der DB AG zur S-Bahn und gemeinsamer Kampf mit den Beschäftigten für eine S-Bahn im Interesse der Beschäftigten und NutzerInnen
- Für ein milliardenschweres Investitionsprogramm in den Bereichen Bildung, Soziales, Gesundheit, Verkehr und Wohnen zur Schaffung von 100.000 neuen Arbeitsplätzen
- Für die Neueinstellung von LehrerInnen und eine Personalausstattung von 110 Prozent an den Schulen
- Nein zur Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes. Für die bedarfsdeckende Schaffung und Ausfinanzierung zusätzlicher Studienplätze und die Rücknahme der Kürzungen an den Universitäten der letzten zehn Jahre
- Abschiebungen stoppen, für das Bleiberecht aller hier lebenden Menschen

- Überführung von Konzernen, die Massenentlassungen durchsetzen und Lohndumping betreiben in öffentliches Eigentum unter demokratische Kontrolle und Verwaltung
- Stopp der Zinszahlungen des Landes Berlins an die Banken
- Für einen bedarfsgerechten Haushalt, finanziert durch Banken, Konzerne und Vermögende

Die SAV kämpft für eine sozialistische Gesellschaft, in der nicht Profite, sondern die Bedürfnisse von Mensch und Natur im Mittelpunkt stehen.

Sozialismus heißt, dass planmäßig nach den Bedürfnissen der Menschen produziert wird, unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung. In der DDR gab es keinen Sozialismus. Dort herrschte eine abgehobene Bürokratie.

Die Diktatur der Konzerne muss überwunden werden. Weltweit. Dafür bedarf es einer internationalen marxistischen Organisation. Das Komitee für eine Arbeiterinternationale (CWI) will eine solche aufbauen. Die SAV ist Teil des CWI.

Treffen der SAV in Berlin

OG Friedrichshain, dienstags, 19 Uhr
in der „Volkssolidarität“,
Gryphiusstr. 10
(Nähe S Ostkreuz)

OG Mitte, mittwochs, 19 Uhr,
Sonntagsclub, Greifhagener Str. 28,
(Nähe S & U Schönhauser Allee)

OG Nord-Neukölln, mittwochs,
19 Uhr, im Laden des Vereins „Iranische
Flüchtlinge in Berlin“,
Reuterstraße 52
(Nähe U Hermannplatz)

OG Hermannstraße, donnerstags,
19 Uhr, Werkstatt,
Emserstr. / Ecke Ilsestr.
(Nähe S & U Hermannstraße)

Kontakt: berlin@sozialismus.info
030 44 08 429